



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

P/VII/13 - 16.1.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

"Nationale Front" enttäuschte	S. 1
Indochina - ein zweites Korea ?	S. 3
Gewerbefreiheit und Interessentenverbände	S. 4
Aus einer kleinen Residenz	S. 6

Ulbrichts Schwert ist stumpf

E.Z.-Berlin, Mitte Januar

In einem Augenblick, in dem die kommunistische Sowjetzonen-Regierung und die SED alles daransetzen müssen, zum wirkungsvollen Träger der jetzt auf einen neuen Höhepunkt gebrachten Propagandaoffensive für die "deutsche Einheit" nach ihrem Geschmack zu werden, muß man in Berlin-Pankow entdecken, daß Ulbrichts Schwert, die "Nationale Front", recht stumpf geworden ist. Besonders peinlich für die SED ist dabei, daß sie erst von den Sowjets darauf aufmerksam gemacht werden mußte, deren Beauftragte in den einzelnen Sowjetzonenländern festgestellt haben, wie sehr die Nationale Front zu einem bürokratischen Apparat auf tönernen Füßen geworden ist.

Es begann Ende Dezember mit einem scharfen Angriff der sowjetischen Zeitung "Tägliche Rundschau", die mit einer Rüge "mangelnder Kritik und Selbstkritik" das Landessekretariat der Nationalen Front in Sachsen, vor allem aber den Landessekretär Lohagen, der gleichzeitig SED-Vorsitzender ist, scharf angriff. Aber auch die Landessekretariate der Nationalen Front in den übrigen Sowjetzonenländern hatten völlig versagt, als es darum ging, eine breite Front der Massen als Ausgangsbasis für den politischen Vorstoß in Richtung Westdeutschland zu errichten. Dem sächsischen SED-Vorsitzenden Lohagen folgten in den letzten

16. Januar 1952

Tagen der Vorsitzende der thüringischen SED, Mückenberger, und der Parteivorsitzende von Sachsen-Anhalt, Bernhard Koenen, die alle ihr völliges Versagen öffentlich eingestanden. Auch die SED-Funktionäre und Leiter der Nationalen Front in Brandenburg, Mecklenburg und Ostberlin werden in nächster Zeit ihr "Pater peccavi" stammeln.

Aus der Selbstkritik, die die Landessekretariate und Ausschüsse der Nationalen Front übten, geht nicht nur klar hervor, daß die Nationale Front bisher ein "selbtherrlich arbeitender bürokratischer Verwaltungskopf" gewesen ist, sondern daß auch durch die "sektiererische Haltung" der leitenden, durchweg der SED angehörenden Funktionäre eine "Mitarbeit der parteilosen Patrioten und vor allem bekannter Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens" unmöglich gemacht worden ist. Als weiterer Kardinalfehler wird das totale Fehlen einer erfolgreichen Aufklärungsarbeit durch die Landes-, Kreis-, Orts- und Wohnbezirksschüsse gebrandmarkt. Die Argumentation der **Aufklärungsgruppen**, so bekannt das Landessekretariat Sachsen, habe die Bevölkerung nicht von der Richtigkeit der gesamtdeutschen Politik Pankows überzeugen können.

Die Nationale Front aber hält man bei den maßgebenden Funktionären für unerlässlich, wenn man auf die breiten Massen des westdeutschen Bürgertums einwirken will, so sehr auch einzelne fellow traveler des Kommunismus, wie z.B. Wirth, mehr oder weniger bewußt für Pankow arbeiten. Die Nationale Front soll daher durch weiteren Ausbau der Aufklärungsgruppen und eine neue Massenschulung der Funktionäre zu einem "operativen Organ" gemacht werden. Selbstverständlich werden auch organisatorische Veränderungen in den Landessekretariaten durch Ablösung leitender Funktionäre erfolgen. Das ZK der SED soll bereits gegen Lohagen eine Untersuchung eingeleitet haben. Auch der Vorsitzende des Präsidialbüros des Nationalrates der Nationalen Front, Wilhelm Koenen, dürfte die längste Zeit am Dirigentenpult gestanden haben.

Im Grunde weiß man natürlich, daß die Sterilität der Nationalen Front nichts anderes als der Ausdruck für den Widerstandswillen der Sowjetzonenbevölkerung ist. Durch die propagandistisch herausgestellte Selbstkritik hofft man aber, vor den Bewohnern Westdeutschlands, bei denen man sich noch Erfolg von der Einheitsparole verspricht, zu verbergen, daß übertriebene Nationale Front ein stumpfes Schwert bleiben wird.

Frankreichs Sorgen in Indochina

f. Während England zäh und verbissen den harten Kampf um die Behauptung seiner militärischen Position in Malaya kämpft, ohne sich Illusionen darüber zu machen, daß es dem Land über kurz oder lang seine Unabhängigkeit geben muß, kämpft Frankreich in Indochina in der Hoffnung, dort seine Herrschaft aufrechterhalten zu können, wenn sie auch gemildert wird durch die Übertragung der nominellen Verantwortung auf eingeborene Organe. Der Krieg in Indochina legt Frankreich ungeheure finanzielle Lasten auf, ohne daß abzusehen wäre, wie er gewonnen werden kann.

Diese Lasten - die Blutopfer tragen weitestgehend die Legionäre machen es psychologisch verständlich, daß Frankreich sich allen indochinesischen Forderungen nach größerer oder gar nach völliger Souveränität bisher gesperrt hat. Aber was aus französischer Sicht begreiflich erscheint, ist vom Standpunkt der politischen Gesamtkonzeption des Westens, in der die asiatischen Fragen ja ein großes Gewicht haben, voller Gefahren. Eine nüchterne und realistische Beurteilung der Entwicklung im Fernen Osten muß zu dem Schluß kommen, daß Indochina nicht zu halten sein wird, wenn das Regime Bao Dais nicht mit dem klaren Versprechen der Unabhängigkeit vor die Bevölkerung treten kann.

Es ist seit langem klargeworden, daß Frankreich den jahrelangen Krieg in Indochina ohne wesentliche Hilfe, die nur von den Amerikanern kommen kann, nicht mit einem dauerhaften Sieg zu beenden vermag. Das ist wohl auch dann der Fall, wenn das kommunistische China nicht eingreift. Auch in Paris scheint sich zögernd die Auffassung durchzusetzen, daß eine politische Lösung versucht werden muß, da eine militärische mit größter Wahrscheinlichkeit nicht zum Ziele führt. Ob man ernstlich gehofft hat, von den Amerikanern praktische Hilfe erreichen zu können, darf bezweifelt werden. In Paris ist das Wort von Waffenstillstands-Verhandlungen gefallen. Hat man in der französischen Hauptstadt eine klare Vorstellung davon, was das heißt? Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die indochinesischen Rebellen die völlige Unabhängigkeit fordern und von dieser Forderung

nicht abgehen werden. Sie können erwarten, daß selbst die von ihnen als französisches Marionetten-Regime bezeichnete Regierung Bao Dai nicht sehr weit hinter dieser Forderung zurückbleiben kann, wenn sie das Gesicht wahren will.

In dieser Lage hat sich Frankreich die Auffassung aufgedrängt, Washington einzuschalten. Die Besprechungen in der amerikanischen Hauptstadt über die südostasiatischen Fragen haben den französischen Delegationsführer Juin nach seiner eigenen Aussage befriedigt. Paris scheint sie als Fehlschlag anzusehen. Beides kann durchaus richtig sein, weil es darauf ankommt, was man von Washington erhofft hat. Die Pariser Vorstellungen vom möglichen Ausmaß der amerikanischen Hilfe dürften weit das Übertroffen haben, was der kühlere Juin angestrebt hat. Aber wie dem auch sei, man kann der Entwicklung in Indochina nur mit Sorge entgegensehen. Ein zweites Korea kann sich der Westen nicht leisten.

+ + +

Die Gewerbefreiheit in der Interessenpolitik

M.G.Z. Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts wird demnächst entscheiden, ob eine Einschränkung der Gewerbefreiheit mit dem Grundgesetz vereinbar ist. An dem Präzedenzfall eines Maurers, der nicht in die Handwerkerrolle eingetragen war, soll das höchste Gericht der Bundesrepublik auf Antrag des Amtsgerichts Tuttlingen diese für Handwerker und Kaufleute überaus wichtige, unstrittene Frage beantworten. Die Entscheidung wird auch die alliierte Hochkommission interessieren, die vor einiger Zeit im Zusammenhang mit Erörterungen über das Kartellgesetz die Absicht angedeutet hat, die in der amerikanischen Zone bestehende völlige Gewerbefreiheit auch in den übrigen Teilen des Bundes einzuführen. Andererseits hat die Bundesregierung die Vorlage eines Berufsgesetzes in Aussicht gestellt, in welchem die Fragen der Zulassung zu Handel und Gewerbe geregelt werden sollen. Beide Absichten sind natürlich schwer auf einen Nenner zu bringen.

Die Forderungen nach bedingter wirtschaftlicher Freiheit einerseits, im Gegensatz zur totalen, unbedingten Gewerbe- und Handels-

Freiheit andererseits, charakterisieren zwei wirtschaftspolitische Fronten. Handel und Gewerbe bejahen zumeist die freie, ungebundene Wirtschaft und demgemäß zählen sie sich politisch dorthin, wo der wirtschaftliche Liberalismus als Partei vertreten ist. Wenn sie neuerdings einige Haare in der Suppe ihrer freien Wirtschaft gefunden haben, dann kommt dies einfach daher, daß das Prinzip des "laissez faire, laissez aller" Risiken in sich birgt, die auch vor den Verfechtern einer freien Wirtschaft nicht haltmachen. Bezeichnend ist, daß es die Interessenverbände der "freien Wirtschaft" selbst sind, die heute nach Abgrenzung der Freiheit rufen - allerdings nur so weit, als dabei die spezifischen Interessen einer bestimmten Gruppe in Gefahr kommen.

Es gibt noch ein zweites Gebiet, auf dem dieser innere Zwiespalt der Liberalisten deutlich wird. Das ist die Aufregung in den Kreisen des Einzelhandels, weil durch das am 27. Dezember 1951 erlassene Gesetz über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften die Konsumvereine das Recht behalten, auch an Nichtmitglieder verkaufen zu dürfen. Vom Standpunkt der freien Wirtschaft aus ist diese Bestimmung selbstverständlich; sie drückt an sich nur das Prinzip der freien Konkurrenz aus. Aber auch hier ist der Einzelhandel gegen die Freiheit: Die Gründe liegen auf der Hand. "Daß die SPD für das Gesetz gestimmt hat" so schreibt ein Organ des Einzelhandels, "wird nicht wunder nehmen". Die "Empörung in den Kreisen des Einzelhandels" richtet sich deshalb gegen die Koalitionsparteien der Bundesregierung.

Der Fall Konsumvereine und Einzelhandel wird aber besonders bemerkenswert dadurch, daß sich die verbandsamtliche Empörung am stärksten gegen die Politik des Mittelstandsblocks und gegen die in ihm führenden Vertreter der Landwirtschaft richtet. "Man wird es dem Einzelhandel nachfühlen, daß er auf der einen Seite nicht nur das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der von der Bundesregierung gemachten Versprechungen verliert", so heißt es, "sondern daß sich angesichts der Haltung der Landwirtschaft auch der Eindruck verstärkt, daß mit der Politik des Mittelstandsblocks höchst eigennützige Interessen der Landwirtschaft verfolgt werden. Das wird und muß nachhaltige Folgen auf parteipolitischem wie auf mittelstandspolitischem Gebiet zur Folge haben."

Aus einer kleinen Residenz

Kommentarlose Zusammenstellung eines Briefwechsels
zwischen
Kammerdirektor Heinrich und Frhr. Senfft v. Pilsach

Gräfl. Erbach - Erbach und Wartenberg - Rethische Rentkammer

An
Freiherrn Ott-Heinrich Senfft v. Pilsach,
Erbach i/Odw.

Auf Ihr Schreiben vom 4. ds. Mts. ersuchen wir um Vorlage der
Reparaturrechnungen bezw. beglaubigte Abschriften.

Gräfliche Rentkammer
gez. Heinrich

Frhr. Senfft v. Pilsach

Erbach, den 19.11.51

An
Gräfliche Rentkammer
Erbach i/Odw.

In Erwidderung Ihres so höflichen Schreibens vom 16.11.51 bitte
ich, die "ersuchten" Reparaturrechnungen anliegend entgegennehmen
zu wollen.

Ich bitte um Rückgabe des von Ihnen abgezogenen Badezimmer-
schlüssels, der sich seit dem Auszuge der Frau Febr in Ihren Hän-
den befindet.

Hochachtungsvoll !
gez. Frhr. Senfft v. Pilsach

Frhr. Senfft v. Pilsach

Erbach, den 13.12.51

An
Gräfliche Rentkammer
Erbach i/Odw.

Unter Hinweis auf meinen Brief vom 19.11.51 bitte ich nochmals
um Zusendung des Badezimmerschlüssels.

Sollte derselbe bis Samstag, den 15. nicht im Schloß der Bade-
zimmertür stecken, beauftrage ich am nächsten Montag einen Schlosser
mit der Anfertigung eines Schlüssels. Die mir entstehenden Kosten
werde ich mir erlauben, mit den Mietgeldüberweisungen zu verrechnen.

Hochachtungsvoll !
gez. Frhr. Senfft v. Pilsach

Gräfl. Erbach - Erbach und Wartenberg - Rothische Rentkammer

Herrn
Frhr. Senfft von Pilsach
Erbach i/Odw.

Erbach, 15.12.51

Wir bitten zur Kenntnis nehmen zu wollen, daß wir es grundsät-
lich ablehnen müssen, uns von Ihnen irgendwelche Termine setzen zu
lassen.

Sie dürften wohl übersehen haben, daß Ihr alt-preußischer Kom-
mandoton einer längst vergangenen Epoche angehört.

P/VII/13

- 7 -

16. Januar 1952

Der Schlüssel zum Badezimmer wird Ihnen in den nächsten Tagen ausgehändigt werden.

Gräfliche Rentkammer
gez. Heinrich

Frhr. Senfft v. Pilsach
Major a.D.

Erbach, den 18.12.1951

An
Gräfliche Rentkammer, z.Hd. des Herrn Walter Heinrich
Erbach i/Odw.

Betr.: Ihr Schreiben vom 15.12.51
Zirkustöne scheinen Ihnen geläufiger zu sein als alt-preußische Kommandos.

Zu Ihrer Belehrung sei aber darauf hingewiesen, daß preußische Kommandos nicht in bittender Form erfolgten!

Termine werde ich weiterhin setzen, wenn Sie mir Veranlassung dazu geben.

gez. Frhr. Senfft v. Pilsach
Major a.D.

Gräflich Erbach - Erbach und Wartenberg - Rothische Rentkammer

An
Freiherrn Ott-Heinrich Senfft v. Pilsach
staatl. geprüfter Masseur
Erbach i/Odw.

Erbach, 19.12.51

Antwortlich Ihres Schreibens vom 18. cr. empfehle ich eine Saison im Zirkus mitzuarbeiten, um im allgemeinen Leben bestehen zu können.

Im übrigen wird meinerseits noch "Knigge" zum Studium empfohlen.

gez. Heinrich

Frhr. Senfft v. Pilsach
staatl. gepr. Masseur

Erbach, den 22.12.51

An
Gräfliche Rentkammer, z.Hd. des Herrn Kammerdirektor Heinrich
Erbach i/Odw.

Ihr von mehreren Auskunftteilen gezeichneter Lebenslauf läßt keinesfalls ratsam erscheinen, in Ihren wechselreichen beruflichen Fußspuren zu wandeln, um sich im Leben anständig behaupten zu können.

Es würde mich zu wissen interessieren, ob Sie auch Ihren Arbeitgeber, Seiner Erlaucht dem Grafen Erbach-Erbach, denselben Rat erteilt haben, eine Saison im Zirkus mitzuarbeiten und welche Rolle Sie ihm dabei zugedacht haben.

Wenn Sie mir den "Knigge" so sehr empfehlen, scheinen Sie diesen nicht nur gut zu kennen, sondern auch seiner Ratschläge mangels ungenügender Allgemeinbildung dringend zu bedürfen. Bedauerlich ist nur, daß die gesellschaftlichen Umgangsformen, die Ihr Wegweiser "Knigge" empfiehlt, bei Ihnen nicht Fuß gefaßt haben!

gez. Frhr. Senfft v. Pilsach
Major a.D.

Verantwortlich: Peter Reunau